

Die transatlantische Agenda der neuen Bundesregierung

Kommentierte Auszüge aus dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD vom 11./18.11.2005

[>>]http://www.cducusu.de/upload/2C2581D5821FD61A7A4DEA71E3C644CA11376-by1b0oli.pdf]

Rot- Grünes Erbe

Kontinuität lautet die Devise der neuen Bundesregierung in der Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik. Dies war allerdings auch die Devise der rot- grünen Bundesregierung bei ihrem Amtsantritt im Herbst 1998. Äußere Ereignisse stellte die Regierung Schröder/Fischer allerdings vor Entscheidungen, welche nicht mit Hilfe der Maxime „Kontinuität“ zu bewältigen waren.

So begann diese Regierung erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik am 24.3.1999 - im Verbund der NATO – einen nicht durch den Weltsicherheitsrat gedeckten Angriffskrieg gegen Serbien. Dies um die barbarischen Akte des Völkermords der Schergen Milosevics’ im Kosovo zu unterbinden.

Als sich am 20.3.2003 eine Koalition von 45 Staaten anschickte, das irrwitzige Terrorregime des Saddam Hussein im Irak zu beseitigen und die Einhaltung der Resolutionen des Weltsicherheitsrates bezüglich der Abrüstung von Massenvernichtungswaffen mit militärischen Mitteln durchzusetzen, hatte die Bundesregierung ihr völkerrechtliches Gewissen entdeckt. Sie erklärte aber nicht nur, dass sie in keiner Weise – egal was der Weltsicherheitsrat beschließen werde – die Anstrengungen dieser Koalition unterstützen werde, sondern sie verhinderte auch federführend das Zustandekommen einer solchen Resolution im Weltsicherheitsrat. Während die „Koalition der Willigen“ als Kriegstreiber in der Weltöffentlichkeit gebrandmarkt wurde, präsentierte sich die Achse Paris – Berlin – Moskau – Damaskus – Peking als die Hüter des Völkerrechts und als Friedensapostel.

Indem sie am 29.4. 2003 auf dem sogenannten „Pralinen-Gipfel“ gemeinsam mit Frankreich, Belgien und Luxemburg beschloss, im Brüsseler Vorort „Tervuren“ ein militärisches Hauptquartier der EU einzurichten, welches Operationen unabhängig von der NATO führen sollte, konnte sie der Versuchung nicht widerstehen, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Mittel des Drucks und der Gegenmachtbildung gegen die USA zu benutzen.

Diese Maßnahmen führten zur schwersten Krise der deutsch- amerikanischen Beziehungen seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Während der Gesprächsfaden mit Washington fast gänzlich abgerissen schien, traf sich der Bundeskanzler mehrfach mit dem russischen Präsidenten Putin und telefonierte innerhalb weniger Monate über 40 mal mit ihm.

Wenn sich auch in den letzten zwei Jahren beide Regierungen – insbesondere nach der Europareise von Bush im Februar 2005 - bemühten, wieder eine vernünftige Arbeitsbeziehung zu erreichen und die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus und in Afghanistan gut funktioniert, scheint eine „Weiterentwicklung“ der transatlantischen Beziehungen doch dringend geboten.

Die am 11. November fertiggestellte und nach der Billigung der Parteitage von CDU, CSU und SPD am 18. November unterzeichnete Koalitionsvereinbarung stellt in ihrem **Kapitel IX „Deutschland als verantwortungsbewusster Partner in der Welt“** eine gute Grundlage dar.

Allgemeine Grundsätze

Außenminister Steinmeier formulierte das Grundmotto deutscher Außenpolitik bei der Übernahme seines Amtes: „Wir setzten auf ein starkes und selbstbewusstes Europa, das für unsere amerikanischen Freunde ein verlässlicher Partner ist“

Um die Ziele der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland zu verwirklichen- wie Friede, Freiheit, Sicherheit und die Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit – wurden im Koalitionsvertrag die **Europäische Integration** und die **Atlantische Partnerschaft** als von überragender Bedeutung charakterisiert.

Neben der Stärkung der europäischen Politik und der Pflege der Beziehungen zu unseren Nachbarn, Verbündeten und Partnern, wird die Förderung der transatlantischen Beziehungen als wichtiges Handlungsfeld der deutschen Außenpolitik identifiziert.

Europäische Einigung und atlantische Partnerschaft werden nicht als Gegensätze, sondern als **die beiden wichtigsten Pfeiler der deutschen Außenpolitik** charakterisiert.

Die **NATO bleibt hierbei das zentrale Element der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**, was sich durch den Besuch von Merkel und Steinmeier nach der Station Paris bei NATO Generalsekretär de Hoop Scheffer ausdrückte. Parallel dazu soll die Europäische Sicherheitsstrategie „**Ein sicheres Europa in einer besseren Welt**“ vom 12.12.2003 konsequent umgesetzt werden, welche eine vorausschauende Friedenspolitik, die Fähigkeit zur Prävention, das Setzen auf Verhandlungslösungen bei Konflikten und den Ausbau der Fähigkeiten zu gemeinsamem militärischen Handeln miteinander verbindet.

Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen

Die Aufnahme der transatlantischen Beziehungen als einen eigenständigen Punkt 2 im Kapitel IX verdeutlicht die herausgehobene Bedeutung, welche die neue Bundesregierung der Pflege und Weiterentwicklung der transatlantischen Beziehungen beimisst.

Dennoch scheinen m.E. zwei Dinge bemerkenswert:

- 1) Viele der folgenden Grundsätze wurden von deutschen und amerikanischen Think Tanks, politischen Stiftungen, Experten und Publizisten gefordert oder zur Überwindung der transatlantischen Krise angeboten. Nun sind sie erstmals seit der Irak- Krise ein konkretes Regierungsprogramm.
- 2) Die Tatsache, dass diese der deutschen Staatsraison entsprechenden Grundsätze explizit in ein Regierungsprogramm aufgenommen werden, verdeutlicht aber auch den bisherigen Zustand der transatlantischen Beziehungen – zumindest die Tatsache, dass die von dem französischen Präsidenten und dem deutschen Bundeskanzler betriebene Verlängerung der Achse nach Osten aus amerikanischer Sicht wie der Versuch einer Gegenmachtbildung gewirkt hatte (vgl. Nm: Die erste Reise, FAZ 24.11.2005).

Laut Koalitionsvertrag sollen die transatlantischen Beziehungen zukunftsgerichtet gestaltet werden. Ein **enges Vertrauensverhältnis** eines selbstbewussten Europas, welches sich **nicht als Gegengewicht**, sondern als **Partner** der USA versteht, gilt darin als unverzichtbar zur Lösung der dringendsten weltpolitischen Probleme.

Dies schließe unterschiedliche Auffassungen nicht aus, vielmehr solle mit Meinungsverschiedenheiten im partnerschaftlichen Dialog und im Geiste der Freundschaft umgegangen werden.

Diese Partnerschaft gründet sich auf eine **gemeinsame Wertebasis**, auf **viele gemeinsame Interessen** und auf die Tatsache, dass Europa und Nordamerika die **weltweit am stärksten verflochtene Wirtschaftsräume** sind.

Zu einer **strukturellen Verbesserung** der transatlantischen Beziehungen soll

- a) die Verbesserung der Regelung von Handelsstreitigkeiten
- b) die Vermittlung eines besseren Verständnisses der USA in der deutschen Öffentlichkeit sowie Europas und Deutschlands in den USA

beitragen.

Die Bundesregierung wird verstärkt für die Formulierung europäisch und transatlantisch abgestimmter Positionen einsetzen, wie dies schon bei der Balkanpolitik und in Afghanistan der Fall ist.

Als **Felder des gemeinsamen Handelns** mit den USA identifiziert der Koalitionsvertrag

- Erhaltung eines gedeihlichen Verhältnisses der islamischen Welt zum Westen
- Sicherung von Frieden und Stabilität im Nahen- und Mittleren Osten und auf dem Balkan
- Kampf gegen Armut und Hunger
- Umgang mit zerfallenden Staaten
- Bekämpfung des Flüchtlingselends
- Bekämpfung des weltwirtschaftlichen Ungleichgewichts
- Kampf gegen den Terrorismus
- Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen
- Kampf gegen die Folgen von Naturkatastrophen und Epidemien

Die **NATO** sehen die Koalitionäre als stärksten Anker der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik: sie soll der zentrale Ort des transatlantischen sicherheitspolitischen Dialogs sein, an dem die Partner ihre strategischen Vorstellungen gleichberechtigt austauschen und sich gegenseitig konsultieren sowie ihre Politik koordinieren können.

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) steht somit nicht in Konkurrenz zu der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft. Die Richtschnur der ESVP bildet die Europäische Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003.

Um ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden und ihre Interessen vertreten zu können, benötigt die EU zivile und militärische Mittel zur Konfliktbeilegung und Konfliktverhütung. Die Fähigkeiten und Handlungsoptionen der EU sollen aber auch zur **Stärkung des europäischen Pfeilers der atlantischen Sicherheitspartnerschaft** verbessert werden; unnötige Doppelungen mit der NATO sollen dabei vermieden werden. So wird der Aufbau EU- eigener multinationaler Gefechtsverbände fortgesetzt, welche mit der NATO interoperabel sind.

Frank Kostelnik